

## EDITORIAL

---

### **Editorial zum Schwerpunktthema: Schule in der Einwanderungsgesellschaft**

---

#### **Editorial to the Focus Topic: Schools in the Immigration Society**

Im Mai und Juni 2010 haben der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration wie auch die Integrationsbeauftragte des Bundes datengestützte Studien bzw. Berichte vorgelegt, denen zufolge die seit Beginn des 21. Jahrhunderts eingeleitete neue, das heißt „nachholende wie begleitende Integrationspolitik“ erste Erfolge zeitigt, aber noch viele Mängel erkennbar sind. Seit Ende August 2010 sorgt ein Buch des ehemaligen Berliner Finanzsenators und ehemaligen Vorstandsmitglieds der Deutschen Bundesbank für Aufsehen, in dem dieser die Integrationserfolge, insbesondere hinsichtlich der muslimischen Zugewanderten, in Frage stellt und meint, seine Aussagen mit Daten aus den gleichen (amtlichen) Quellen belegen zu können. Der daraufhin ausgelöste, vor allem in den Medien ausgetragene Streit zeigt, wie emotional die Themen ‚Integration‘ und ‚Migration‘ weiterhin besetzt sind und dass immer noch denen, die sich gegen Zuwanderung und für die Ausgrenzung bestimmter Gruppen entlang der Linie Kultur, Sprache und nicht christlicher Religion aussprechen, mehr Aufmerksamkeit und Glauben geschenkt wird als denen, die unaufgeregt Erfolge wie Mängel benennen. Weder die vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration im Mai 2010 vorgelegte Publikation „Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer“ noch das Anfang September vom Bundeskabinett verabschiedete und von Innenminister Thomas de Maizière der Öffentlichkeit vorgestellte „Bundesweite Integrationsprogramm. Angebote der Integrationsförderung in Deutschland – Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung“ für eine – wie es heißt – bedarfsorientierte, effektive und nachhaltige Integrationsförderung wurden mit der gleichen Aufmerksamkeit bedacht, obwohl beide zur Versachlichung der Debatte beitragen können.

Nüchtern betrachtet kann man davon sprechen, dass die Ende der 1990er-Jahre begonnene Integrationspolitik zu wirken beginnt. Doch noch muss, insbesondere im Bereich „Integration durch Bildung“, sehr viel getan werden. Erschwert wird die Situation durch die föderalen Strukturen; so werden z.B. nicht nur zwei oder drei Verfahren zur Sprachstandsermittlung und Sprachförderung erprobt und evaluiert, sondern jedes Bundesland geht seinen eigenen Weg, desgleichen in den Bereichen Schulentwicklung

und Lehrerbildung bzw. Personalentwicklung. Hinzu kommt, dass eine hinreichend differenzierte, transparente und sowohl für Bildungsplanung als auch für Forschung nutzbare Datenbasis fehlt. Ein weiteres Problem ist die mangelnde Kontinuität: Maßnahmen, die erfolgreich entwickelt und erprobt wurden, werden nicht oder nur teilweise im Regelsystem implementiert und weiterentwickelt. Trotzdem: Insgesamt gesehen zeichnen sich in der wissenschaftlichen Diskussion wie in der Praxis positive Veränderungen ab: Wahrgenommen wird, dass Schul- und Unterrichtsentwicklung nicht mehr denkbar ist, ohne auch die sprachliche, soziokulturelle und ethnische resp. nationale Vielfalt mitzubedenken, und dass Bildungserfolg letztlich nur dann gegeben ist, wenn *alle* Kinder und Jugendlichen einer Gesellschaft die Chance haben, ihre Potenziale zu entfalten. Nicht, weil die in den verschiedenen pädagogischen Arbeitsfeldern Tätigen bzw. – wie so oft polemisch-abwertend formuliert wird – ‚Multi-Kulti-Fachleute‘ es für gut heißen, sondern weil dies die unabdingbare Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung ist.

Unter dieser Perspektive ist es wichtig und richtig, dass inzwischen Begriffe wie Heterogenität und *Diversity* in der aktuellen Bildungsreformdiskussion eine zunehmend größere Rolle spielen. Damit wird zugleich deutlich, dass die migrationsbedingte sprachlich-kulturelle und ethnisch-nationale Heterogenität, die im vorliegenden Heft im Mittelpunkt steht, nur einen Ausschnitt darstellt. Stets mitzubeachten sind auf jeden Fall soziale Unterschiede, Geschlechterverhältnisse und auch die Frage der physischen und psychischen Gesundheit. Derzeit wird die Diskussion über Schul- und Unterrichtsentwicklung im Zeichen von Heterogenität bzw. *Diversity* noch von Beiträgen zu Theorien und Konzepten dominiert. Die schon veröffentlichten Studien sind eher qualitativ denn quantitativ angelegt, und für einige Fragestellungen, insbesondere bezogen auf die Gewinnung sowie Ausbildung von Lehrkräften aus der zugewanderten Bevölkerung, steht die Forschung in Deutschland erst am Anfang.

Die hier kurz skizzierte Situation spiegelt sich im vorliegenden Heft wieder. Aus den vielen möglichen Aspekten, die für die Schul- und Unterrichtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft relevant sind, wurden fünf ausgewählt: (1) die Notwendigkeit von Sprachförderung und Sprachbildung als Kernaufgabe der Schule und somit als zentrales Element der Schul- und Unterrichtsentwicklung; (2) die Schwierigkeit, aussagekräftige und aufeinander beziehbare Daten für Bildungsplanung und Bildungsforschung zu erheben; (3) die Frage nach einer der Schule der Einwanderungsgesellschaft angemessenen Lehramtsausbildung; (4) die Frage nach Bildungserfolg unter Bezug auf Migration und Geschlecht; und schließlich (5) Initiativen zur Gewinnung und Unterstützung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund.

So stellt Andreas Heintze vor dem Hintergrund der im Bund-Länder-Modellprogramm „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ gewonnenen Erfahrungen das Konzept der „Durchgängigen Sprachbildung“ vor. Thomas Kemper

befasst sich in seinem Beitrag mit einer für Bildungsplanung, pädagogische Praxis und Forschung gleichermaßen wichtigen Frage: Welche Daten werden in den verschiedenen amtlichen Statistiken bzw. in der empirischen Bildungsforschung mit dem statistischen Konstrukt „Migrationshintergrund“ erfasst, und wie aussagekräftig und vor allem aufeinander beziehbar sind diese Daten? Marc Thielen greift ein weiteres wichtiges Thema der Diskussion auf; angesichts der statistisch relevanten Bildungsmisserfolge männlicher Migranten setzt er sich mit den Ursachenzuschreibungen – wie z.B. „familiar tradierte ‚fremde‘ Männlichkeit“ – und deren Folgen für die Bildungsbiografie der Betroffenen auseinander und benennt mögliche Ansatzpunkte für eine Veränderung auf der Basis einer lebenslagen- und gendersensiblen Jungen- und Jugendforschung. In zwei weiteren Beiträgen geht es um Fragen der Personalentwicklung: Zum einen geben Sara Fürstenau und Christoph Chlosta einen Einblick in die derzeit laufenden Diskussionen über die – in einigen Bundesländern schon rechtlich festgelegte – Einführung eines (Pflicht-)Studienangebots „Deutsch als Zweitsprache“ und erläutern am Beispiel Nordrhein-Westfalen, welche Gewinne, aber auch Verluste bzw. Probleme mit dieser Neuerung verbunden sind. In der Rubrik „Bericht“ stellen Edwin Stiller und Antonietta Zeoli am Beispiel von Nordrhein-Westfalen vor, welche Initiativen gestartet worden sind, um Lehramtsstudierende, Referendarinnen und Referendare sowie schon tätige Lehrkräfte mit Migrationshintergrund durch Vernetzung und spezielle Angebote zu unterstützen und Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationshintergrund für ein Lehramtsstudium zu gewinnen. Derartige Initiativen, vereinbart im Nationalen Integrationsplan bzw. in den auf Länderebene verabschiedeten Integrationsplänen, existieren inzwischen in mehreren Bundesländern.

Die „Schule in der Einwanderungsgesellschaft“ aktuell zu gestalten bedeutet, sich aus einer mehr als zweihundertjährigen Geschichte zu lösen, in der der Auf- und Ausbau der öffentlichen, staatlichen (Pflicht-)Schule für alle Kinder und Jugendlichen eng mit der Geschichte des Nationalstaats und der Idee ethnischer, nationaler, sprachlicher und kultureller Homogenität verbunden war. Unter der Rubrik „Blick in die Quellen“ wird diese Geschichte anhand einiger weniger rechtlicher Dokumente vorgestellt und illustriert.

*Marianne Krüger-Potratz*